



DEHOGA Thüringen e.V. | Witterdaer Weg 3 | 99092 Erfurt

Thüringer Staatskanzlei
Ministerpräsident
Herrn Mario Voigt
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt

Erfurt, 08.09.2026

7 Millionen Minijobs – Eine Erfolgsgeschichte in Gefahr

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Lieber Mario Voigt,

als DEHOGA Thüringen e.V. vertreten wir mehr als 1.000 Mitglieder und fast 5.000 Betriebe im Gastgewerbe des Freistaates Thüringen. Wir wenden uns an Sie, weil mehrere politische Vorhaben eine Erfolgsgeschichte Deutschlands gefährden: Geringfügige Beschäftigung wird massiv verteuert und perspektivisch ihrer Attraktivität für Beschäftigte und Betriebe beraubt. Es droht die faktische Abschaffung eines bewährten Beschäftigungsinstruments: des Minijobs.

Die bereits beschlossene Erhöhung des GKV-Beitrags (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz), die geplante Erhöhung der Pauschsteuer von zwei auf fünf Prozent (Einkommensteuerreformgesetz 2027) sowie die mögliche Einführung eines Pflegesatzes würden die Arbeitgeberabgaben im dargestellten Szenario von 31,17 auf 42,27 Prozent des Lohns erhöhen. Das sind 35,6 Prozent mehr Abgabenlast. Eine gemeinsame Folgenabschätzung fehlt. Gleichzeitig ist offen, welche Schlussfolgerungen die Bundesregierung aus den Vorschlägen der Alterssicherungskommission ziehen wird. Darin wird gefordert, den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Status von Minijobs abzuschaffen.

Warum dürfen Minijobs nicht abgeschafft werden?

Arbeit wird nicht attraktiver, wenn am Ende weniger beim Arbeitnehmer ankommt: Für Beschäftigte ist bei den Minijobs der optimierte Nettolohn („netto für brutto“) besonders wichtig. Fällt dieses Privileg weg, würden insbesondere Tätigkeiten mit geringem Stundenumfang für Millionen Menschen in Deutschland auf einen Schlag sehr unattraktiv. Es drohen ein geringerer Zuverdienst, zusätzliche Arbeitnehmerbeiträge und der Wegfall bewährter Wahlmöglichkeiten.

7 Millionen Menschen würden verlieren: Rund sieben Millionen Menschen nutzen Minijobs, weil sie zu ihrem Leben passen. Nicht trotz, sondern wegen ihrer besonderen Ausgestaltung. Studenten, Eltern, Pflegende, Rentner oder Beschäftigte mit Hauptjob entscheiden sich bewusst für diese Form der Erwerbstätigkeit. Die Vorstellung, diese Menschen könnten

problemlos mehr Stunden arbeiten oder Einkommensverluste hinnehmen, verkennt die Realität.

Minijobs sind unverzichtbar. Sie ermöglichen es, insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben, schwankende Nachfragespitzen abzudecken und die Arbeit am Abend, an Wochenenden, bei Veranstaltungen oder das Saisongeschäft passgenau zu organisieren.

Betriebe würden Arbeitskräfte verlieren: Wer den Sonderstatus des Minijobs aufhebt, schafft nicht mehr Beschäftigung, sondern riskiert weniger Beschäftigung. Eine Umwandlung ist wegen des oft geringen zeitlichen Umfangs und der besonderen Einsatzzeiten vielfach gar nicht möglich. Wer glaubt, aus Minijobs würden automatisch sozialversicherungspflichtige Stellen, irrt. Minijobs ersetzen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht, sie stützen sie.

Die gravierenden Folgen einer weiteren Verteuerung der Minijobs wären weniger Beschäftigung, eingeschränkte Öffnungszeiten und weniger Angebote. Gleichzeitig wächst das Risiko, dass Arbeit in die Schwarzarbeit abwandert.

Wir appellieren daher an Sie, sich dafür einzusetzen,

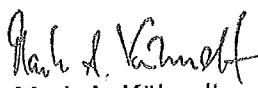
- ➡ die Krankenversicherungserhöhung vor ihrem Inkrafttreten neu zu bewerten,
- ➡ die Pauschsteuer bei 2 Prozent zu belassen,
- ➡ die geplante Pflegeversicherungspflicht für Minijobs zu streichen,
- ➡ Empfehlung 26 der Alterssicherungskommission nicht weiterzuverfolgen und
- ➡ vor weiteren Entscheidungen eine vollständige Gesamtrechnung vorzulegen.

Wer Arbeitsanreize stärken will, muss dafür sorgen, dass sich zusätzliche Arbeit lohnt – für Beschäftigte und Betriebe.

Die Einzelheiten, Berechnungen und Quellen finden Sie in der Anlage.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung und stehen Ihnen für vertiefende Fragen sowie für einen weiteren konstruktiven Austausch jederzeit zur Verfügung – gerne auch im persönlichen Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen


Mark A. Kühnelt
Präsident


Dirk Ellinger
Hauptgeschäftsführer

Anlagen